

Warum Thüringen die Reform braucht

Im Gespräch mit Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in der Januar-Pleinarsitzung zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform haben wir Frank Kuschel Fragen zum Thema gestellt.

Warum braucht Thüringen eine solche Reform?

Dass die Kommunen unterfinanziert sind, hat ganz klar strukturelle Ursachen. Trotz Hilfspaketen 2013, 2014 und 2015 waren im vergangenen Jahr über 100 Gemeinden in der Haushalts-sicherung. Jede zehnte Gemeinde ist ohne Haushalt, jede vierte ohne jegliche Rücklagen. Die Thüringer Kommunen haben mit die geringste Steuerkraft der 13 Flächenbundesländer, die kommunale Steuerquote liegt bei ganzen 25 Prozent. Daher die hohe Abhängigkeit von Landeszuweisungen.

Nahezu 60 Prozent der kommunalen Einnahmen sind Landeszuweisungen, insofern kann man dann natürlich kaum von kommunaler Selbstverwaltung sprechen. Gerade die Flüchtlingsproblematik macht den Reformbedarf überdeutlich. Wir haben nämlich den Widerspruch, dass wir die Landkreise und kreisfreien Städte für die Unterbringung der Flüchtlinge verantwortlich gemacht haben, aber die Landkreise nicht über eigene Wohnungsbestände verfügen. Auch deshalb müssen wir über die Frage nachdenken, ob es nicht sinnvoller ist, die größeren Städte auch mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Der Vorwurf in der Öffentlichkeit lautet, es komme alles zu schnell und nicht durchdacht. Ist das so?

Die LINKE diskutiert seit 2005 über ein solches Konzept und ist sowohl 2009 als auch 2014 mit einer klaren Ansage in den Landtagswahlkampf gegangen. Natürlich wird da nicht alles detailliert ausgeführt, aber im Grundsatz haben wir den Bürgern vor der Wahl reinen Wein eingeschenkt. Jetzt setzen wir gemeinsam mit SPD und Grünen dieses Reformvorhaben um.

Was ist das Ziel der Reform?

Auch wenn es immer heißt, es gehe uns um Einsparungen, im Vordergrund stehen die Effizienzgewinne. Und das ist etwas anderes. Ich will es an der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen verdeutlichen, einer Säule ihrer Finanzierung. Wie sollen unsere 571 Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern auch nur ansatzweise wirtschaftlich aktiv werden? Erst ab 10.000 Einwohnern kann eine Kommune über eigene Stadtwerke oder eigene kommunale Unternehmen einen Beitrag für den Haushalt leisten, alles darunter ist also problematisch. Wir brauchen stabile Strukturen für Leistungsfähigkeit und Effizienz.

Weshalb soll es keine Verwaltungsgemeinschaften mehr geben?

Die Verwaltungsgemeinschaften (VG) hatten vor 15, 20 Jahren ihre Berechtigung, unverkennbar sind inzwischen ihre Konstruktionsfehler. So ist die VG-Umlage das einzige Finanzie-

rungsinstrument, das nicht steuerkraftabhängig ist. Das ist ungerecht, weil die Mitgliedsgemeinden von ihrer Steuerkraft völlig unterschiedlich aufgestellt sind, die VG-Umlage aber eine Pro-Kopf-Umlage ist. Während Kreisumlage, Schlüsselzuweisungen, Länderfinanzausgleich steuerkraftabhängig sind, ist es nur die VG-Umlage nicht. Ein weiterer Konstruktionsfehler der Verwaltungsgemeinschaft, die Verwaltung ist nicht mehr an die Gemeinde angedockt. So gibt es eine zu gerin-

siert. Das hat was mit der Struktur der Landkreise zu tun, einer starken Dominanz des übertragenen Wirkungskreises. 60 Prozent der Landkreisausgaben sind Leistungsgesetze, da hat der Kreistag keine Mitbestimmung, das macht alles der Landrat oder die Landrätin. Wir werden die Landkreise weiterentwickeln und demokratisieren. Wir werden das kommunale Mandat stärken, auch auf gemeindlicher Ebene, weil die Gemeinderäte wieder mehr zu entscheiden haben.

Und wie steht es mit der Identifikation der Menschen mit ihrer Gemeinde?

Wir haben uns intensiv damit beschäftigt, woran sich Identität in einer Gemeinde festmacht. Da haben wir festgestellt, wo sich die Verwaltung befindet, ist nicht entscheidend. An erster Stelle stehen die Arbeits-, Lebens- und Wohnbedingungen, an zweiter Stelle die Vereinsstrukturen, die Versorgungsinfrastruktur, die technische und Verkehrsinfrastruktur und erst weit hinten fragen die Menschen, wo denn hier eigentlich die Verwaltung ist. Wer meint, dass Identität irgendwas damit zu tun hat, wo die Verwaltung sitzt, der irrt. Wir können uns auch vorstellen, dass wir deutlich die Landgemeinde von der Einheitsgemeinde unterscheiden, also noch stärker die Ortsschaftsverfassung ausbauen – Stichwort: beschränktes Budgetrecht innerhalb eines einheitlichen Gemeindehaushaltes für die Vereinsförderung, für die Traditionspflege, möglicherweise für die Ortsfeuerwehr, das Bürgerhaus, oder bei Klestinvestitionen ein klar strukturiertes Verfahren der Beteiligung an der Haushaltsaufstellung, sodass wir die Bedeutung der Ortschaftsräte und der Ortschaftsbürgermeister erhöhen.



ge Identifikation der Beschäftigten mit ihrer Gemeinde. Sie sehen sich eher als ausgelagerte Dienstleistungsbehörde. Oder nehmen wir die Rolle des VG-Vorsitzenden, der hat Stimmrecht, ist Mitglied der VG-Versammlung, ist Dienstleister für die Mitgliedsbehörden und kleine Kommunalaufsicht. Also derjenige, der dafür sorgen soll, dass die Mitgliedsgemeinden ordentliche Beschlüsse fassen, aber gleichzeitig ist er der, der sie dann beanstandet. Das geht alles nicht auf. Deshalb müssen wir über die Veränderung nachdenken.

Werden die Bürger nicht ihren Landkreisen nachtrauern?

Es gibt keine Identifikation mit Landkreisen. Es gibt eine Identifikation mit der Gemeinde, mit der Stadt, in der man wohnt. Das letzte Identifikationsmerkmal mit dem Landkreis war das einheitliche Kfz-Kennzeichen. Das ist weg. Im Ilm-Kreis haben 95 Prozent der Neuzulassungen jetzt am Nummernschild IL für Ilmenau oder ARN für Arnstadt. IK nimmt keiner mehr. Die Bedeutung der Landkreise als sogenannte Publikumsbehörde, zu der man gehen muss, um Dinge zu erledigen, geht zurück.

Künftig sollen alle wesentlichen kommunalen Entscheidungen in Gemeinden und dortigen Bürgerservicebüros zu erledigen sein. Es ist auch nicht beabsichtigt, neue Verwaltungsstandorte zu installieren, sondern die Beschäftigten und die Beamten bleiben dort, wo sie jetzt sind. Insofern ist es ein Hirnspinnst, dass neue Landratsämter errichtet werden müssen und dergleichen. Das hat mit unserem Reformvorhaben nichts zu tun.

In den Kreistagen und auf Landkreisebene ist Demokratie zumindest in starkem Maße und auch im Vergleich zu den Gemeinden reduziert. Die Kreistage sind im Wesentlichen neutrali-

Auf dem Weg zu einem modernen Transparenzgesetz

Gründend auf den praktischen Erfahrungen mit einem bestehenden Transparenzgesetz in Hamburg und auf den konkreten Erfahrungen aus einem demokratischen Beteiligungsprozess in Rheinland-Pfalz haben sich die Koalitionsfraktionen aus DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Landtag entschieden, in Thüringen ein Transparenzgesetz auf den Weg zu bringen. Dazu findet am Donnerstag, den 18. Februar, 19 bis 21 Uhr, eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung im Thüringer Landtag (Raum F 125) statt.

Um Menschen die Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen, soll ihnen der freie Zugang zu Informationen als eine wesentliche Voraussetzung ermöglicht werden. Im Sinne einer modernen und bürgerfreundlichen Landesverwaltung sollen daher Informationen künftig proaktiv und allgemein zugänglich veröffentlicht werden. Unabhängig von den Absichten der Koalition hat auch der Thüringer Beauftragte für Informationsfreiheit und Datenschutz einen eigenen Entwurf für ein Thüringer Transparenzgesetz erarbeitet. Auf der Veranstaltung soll über den Entwurf, den Weg der Umsetzung und die Gewährleistung ei-

nes transparenten und demokratischen Beteiligungsverfahrens diskutiert werden.

Programm:

Begrüßung: Dirk Adams, Vorsitzender des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Thüringen

- Freier Informationszugang als Voraussetzung für tatsächliche Partizipation, Michael Hirdes, Dodger Chaos Computer Club e. V.

- Diskussion

- Vorstellung eines Entwurfs für ein Thüringer Transparenzgesetz, Dr. Lutz Hasse, Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

- Diskussion

- Beteiligungsverfahren in Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Dieter Kugelmann, Landesbeauftragter für die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

- Der parlamentarische Weg zu einem Transparenzgesetz in Thüringen, Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

- Diskussion

- Schlusswort: Dorothea Marx, Parlamentarische Geschäftsführerin, SPD-Fraktion im Thüringer Landtag